
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 21.06.2022

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:31 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die **stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Stadträtin Ehlert**, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 5 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Herr Stadtrat George informiert über dringenden Gesprächsbedarf zur Thematik „Schulsozialarbeit“. Es besteht Einigkeit darüber, dies unter 6.4. Sonstige Anfragen und Mitteilungen zu thematisieren.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

5/0/0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.05.2022

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 10.05.2022 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

3/0/2

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** informiert über die in nichtöffentlicher Beratung am 10.05.2022 gefassten Beschlüsse.

TOP 8.1.

Projektförderung

Bewilligung eines Zuschusses an das Städtische Klinikum Dessau zur Erarbeitung einer "Machbarkeitsstudie zum Aufbau und dem Betrieb einer privaten Universität" am Standort Dessau-Roßlau

Vorlage: BV/016/2022/I-80

ungeändert beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

5 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum vom 21. Mai 2021 bis 31. Mai 2022

Vorlage: IV/036/2022/II

Zur vorliegenden Information werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der Finanzausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

6.2 Stand der Umsetzung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes zum 30. April 2022

Vorlage: IV/034/2022/II-20

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, erläutert die vorliegende Informationsvorlage.

Bezug nehmend auf die Ausführungen zu den Ein- und Auszahlungen für Investitionen erfragt **Herr Stadtrat George**, wie viele unbesetzte Stellen dieser Situation gegenüberstehen. Wenn man den Haushalt sehe, dann müsse man seiner Meinung nach auch den Stellenplan parallel betrachten. Er habe in einer der letzten Sitzungen eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand der unbesetzten Stellen angeregt.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck informiert, dass die Verwaltung einen Sachstandsbericht zur aktuellen Personalsituation für die Dienstberatung des Oberbürgermeis-

ters erarbeitet habe. Im Ergebnis dieses Berichtes wird festgestellt, dass über die gesamte Verwaltung verteilt 10 % aller Stellen zeitweise unbesetzt seien. Dies entspreche insgesamt 100 Stellen, wobei keine dieser Stellen länger als 6 Monate unbesetzt sei. Allerdings konnten 18 Stellen über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg nicht nachbesetzt werden. Die Gründe dafür seien vielfältig und es liegt nicht immer daran, dass mangels geeigneter Bewerber die Stellen nicht besetzt werden konnten. Ein Hauptgrund für die Nichtbesetzung sei, dass für einige dieser Stellen das Stellenbesetzungsverfahren nicht in Gang gesetzt wurde. Beispielsweise im Kulturbereich konnten Stellenbesetzungsverfahren nicht begonnen werden aufgrund des Fehlens des Museumskonzeptes. Insofern könne man sagen, so **Frau Nußbeck** weiter, dass der Anteil an Stellen, die nicht dauerhaft besetzt werden konnten, bei 1 % (10 Stellen) liege. Dies sei bedauerlich, jedoch sei diese Situation durchaus mit anderen Verwaltungen vergleichbar und überhaupt nicht überdurchschnittlich.

Herr Stadtrat George wiederholt seine Bitte nach einer regelmäßigen Berichterstattung vielleicht in Form eines vierteljährlichen Journals.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck lehnt dies ab und führt zu den Gründen aus, dass die personelle Situation im Haupt- und Personalamt ebenfalls prekär sei. Bekanntlich gebe es schon über einen langen Zeitraum keine/en Amtsleiter/-in. Zudem sei die Stelle der/des Abteilungsleiters/-in Orga über Monate krankheitsbedingt nicht besetzt. Der vorrangige Fokus der Arbeit liege derzeit in der Stellenbesetzung und es sei mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten, eine vierteljährliche Berichterstattung zu erarbeiten. Insofern bitte Sie um Verständnis dafür und bietet an, die bereits erwähnte Informationsvorlage zur aktuellen Personalsituation zur Verfügung zu stellen.

Herr Stadtrat George erklärt, dass er Vertreter der Bürgerschaft und gewählt sei und viele Kollegen/-innen dieser Verwaltung auf ihn zukommen, er aber auch auf der Straße genau auf diese Problematik angesprochen werde. Insofern habe er wohl auch ein Recht auf eine klare Aussage. Die hier durch Frau Nußbeck gemachten Aussagen reichen ihm nicht. Er habe dies jetzt bereits mehrfach angesprochen. Sein Bestreben sei es, hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen. Er habe Verständnis dafür, wenn die Verwaltung diese Diskussion nicht öffentlichen führen wolle, jedoch müsse er zumindest die Möglichkeit bekommen, dies zu verstehen und zu überlegen, ob man hier politisch nachsteuern könne.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck wiederholt, dass eine regelmäßige Berichterstattung aufgrund der auch im Bereich Haupt- und Personalamt angespannten Personalsituation nicht möglich sei und versichert die Zurverfügungstellung der besagten Informationsvorlage der Verwaltung, die per Mai 2022 erstellt wurde.

Frau Stadträtin Müller nimmt Bezug auf die Investitionsmaßnahme „Ausstattung nach Generalsanierung Sekundarschule „An der Biethe, Haus 1, STARK III“ und erfragt wer die in der Begründung angegebenen Verzögerungen zu verantworten habe.

Frau Ellenberger, Amtsleiterin Zentrales Gebäudemanagement, erklärt, dass es sich bei den defizitären Planungsleistungen um Beauftragtenplanungsleistungen handele. Diesbezüglich habe man sich bereits rechtlichen Beistand geholt. Dies sei Ausdruck dafür, mit welchen schwierigen Bedingungen man es hier zu tun habe. D.

h. es gehe hier nicht nur um Lieferengpässe oder Materialschwierigkeiten, sondern es gehe um ganz konkrete Probleme in der Durchführung und bei den Überwachungsleistungen der Baumaßnahme. Leider betreffe dies nicht nur diese Baumaßnahme.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der Finanzausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

6.3 Parkkarten zum ermäßigten Preis für ambulante Pflegedienste **Vorlage: IV/032/2022/II-32**

Herr Dähne, Sachgebietsleiter Verkehrsangelegenheiten im Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung führt inhaltlich zur Informationsvorlage aus.

Frau Stadträtin Ehlert erklärt, dass die Vorstellungen ihrer Fraktion andere waren und man aufgrund dessen auch einen entsprechenden Beschlussantrag für eine Ermäßigung eingebracht habe. Sie nehme die Information zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise mit in ihre Fraktion.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck weist an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass es sich bei dieser Thematik um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handle, d. h. es liege nicht im Ermessen des Stadtrates entsprechende Gebührenhöhen festzulegen. Im Weiteren weise sie darauf hin, dass die Pflegedienste diese Kosten in Ihre Entgelte/Preise einkalkulieren können.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Hartmann**, wie viel Prozent der Pflegedienste von der Möglichkeit der Beantragung der Ausnahmegenehmigung Gebrauch machen, erklärt **Herr Dähne**, dass sich dies nicht feststellen lasse, da die Pflegedienste nicht im Amt geführt werden. Derzeit haben 5 Pflegedienste mit insgesamt 28 Fahrzeugen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

16:50 Uhr – **Herr Stadtrat Rumpf** erscheint. Der Finanzausschuss ist mit 6 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat George** führt **Herr Dähne** aus, dass diese Ausnahmegenehmigung im Fahrzeug mitgeführt werde. Diese Ausnahmegenehmigung berechtige zum Parken auf Anwohnerparkflächen und/oder Parkplätzen mit Parkscheinautomaten oder Parkuhren. Eine Inanspruchnahme von anderen Sonderparkplätzen (Behindertenstellplatz), des Gehweges oder in 2. Reihe ist nicht erlaubt.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der Finanzausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtrat George nimmt Bezug auf die Thematik „Schulsozialarbeit“. Das bisherige Modell laufe zum 31.07.2022 aus und ab 01.08.2022 müssen die Weichen neu

gestellt werden. Der letzte Beschluss wurde gefasst, um nach zu justieren und das Defizit auszugleichen, d. h. die 20 % Landesanteil zu deckeln. Diese Regelung falle jetzt weg, habe aber zur Folge, dass sich Träger für Schulsozialarbeit an Schulstandorten beworben haben, wo vorher keine Schulsozialarbeit stattfand und dadurch andere Träger das Nachsehen haben, wo sich eigentlich Schulsozialarbeit etablieren sollte. Dies wurde im Jugendhilfeausschuss thematisiert und zur Beratung in den Unterausschuss Jugendhilfeausschuss gegeben. Im Ergebnis wurde eine Beschlussvorlage des Vorsitzenden des Unterausschusses erarbeitet. Diesbezüglich wolle er den Finanzausschuss darüber informieren, dass daraus resultierend ein weiteres Defizit auf die Stadt zukommen könne, und wenn er die Stimmung aus dem Stadtrat richtig deute, dann sei dies auch gewollt.

Herr George führt weiter aus, dass der Unterausschuss Jugendhilfe für jeden der 24 Schulstandorte in Dessau-Roßlau 1 VbE vorgesehen habe. Dies sei das Ergebnis der Beratung des Fachausschusses und hätte zur Folge, dass man für dieses Haushaltsjahr nochmals 173.000 EUR, für das Jahr 2023 ca. 405.000 EUR und für das Jahr 2024 224.000 EUR in den Haushalt aufnehmen müsse. Die besagte Beschlussvorlage des Vorsitzenden des Unterausschusses werde als nächstes in den Jugendhilfeausschuss zur Beratung gegeben. Hier erfolge nochmals eine fachliche Beurteilung, ggf. werde der geplante Beschluss nochmals bereinigt bzw. anders aufgestellt. Das Ungünstigste was passieren könne, **so Herr George**, seien an jedem Schulstandort 0,5 VbE, was genau der letzten Nachjustierung entspreche. Darüber wolle er hier informieren und darauf hinweisen, dass man diesbezüglich zeitliche Probleme bekomme, da man die Beratungsfolge Finanzausschuss und Stadtrat bis zum 31.07.2022 nicht halten könne. Er werde dies auf jeden Fall in der nächsten Stadtratssitzung nochmals ansprechen.

Weitere Anfragen und/oder Mitteilungen werden nicht vorgebracht.

7 Beschlussfassungen

7.1 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA Vorlage: BV/064/2022/I-OB

16:55 Uhr – Herr Stadtrat Mrosek erscheint. Der Finanzausschuss ist mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen von EUR 1.000,00 bis 50.000,00 für den Zeitraum 01.03.2022 bis 12.05.2022**
Vorlage: BV/147/2022/II-EB

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA)**
Vorlage: BV/141/2022/III-61

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.4 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungsangeboten bis 50.000€ für den Zeitraum vom 01.01.-31.03.2022**
Vorlage: BV/125/2022/V-SKD

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.5 Entscheidung über Annahme von Spenden und Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum 22.03.2022-13.05.2022**
Vorlage: BV/154/2022/II-ATD

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

7.6 Novellierung des Grundsatzbeschlusses (BV/261/2020/V-40) vom 16.09.2020 - Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem „DigitalPakt Schule“ Vorlage: BV/206/2022/V-40

Herr Bleek, Sachgebietsleiter Schulverwaltungsamt, führt inhaltlich in die Beschlussvorlage ein und begründet diese.

Herr Stadtrat Hartmann erfragt, ob eine Absicherung über WLAN pro Klassenzimmer allein nicht möglich sei. **Herr Bleek** erklärt, dass dies möglich sei, jedoch aufgrund der Vielzahl der Schüler Bandbreite verloren gehe. Um optimal im Klassenverband digital unterwegs sein zu können, bedarf es schneller Leitungen (Verkabelung) in die Klassenräume, im Idealfall mit Glasfaserkabel.

Herr Stadtrat Mrosek stellt fest, dass das Thema „Digitalisierung“ nicht neu sei und man hierüber schon seit Jahren rede und man im Endeffekt kaum etwas von der Umsetzung bemerke. Insofern bittet er um Ausführungen, was diese Verzögerungen bei der Digitalisierung der Schulen verursacht habe.

Herr Bleek führt aus, dass die Stadt in diesem Bereich wesentlich von Fördermitteln abhängig sei. Diese Fördermittel flossen noch nie so reichlich wie derzeit, jedoch brauche dies alles seine Vorbereitungszeit. Der Digitalpakt sollte bereits abgeschlossen sein, aber man habe mit der Ausstellung der Förderbescheide erst vor eineinhalb Jahren begonnen. So greife eins ins andere. Es sei ein sehr zähes Verfahren, welches ein Jahr eher hätte begonnen werden müssen. Man habe bislang mit den von der Stadt zur Verfügung gestellten Mitteln Stück für Stück begonnen, die Schulen auszurüsten, aber flächendeckend war dies nicht möglich.

Es folgen weitere Anmerkungen zur aktuellen Preisentwicklung durch **Herrn Stadtrat Mrosek**, der die Befürchtung weiterer Preissteigerungen zum Ausdruck bringt.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

7.7 Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses Ersatzneubau der Schule für Körperbehinderte "Schule an der Muldaue" Vorlage: BV/173/2022/III-65

Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, merkt zur Beschlussvorlage an, dass die hier bezifferten Mehrkosten durch Preiserhöhungen ausschließlich die Stadt finanzieren müsse, sowohl beim Digitalpakt als auch beim Neubau der Körperbehindertenschule. Inwieweit das Land im Rahmen des FAG nachjustieren werde, müsse man abwarten.

Herr Bleek ergänzt, dass man die Mehrkosten beim Landesverwaltungsamt angezeigt habe, jedoch zeige man dafür keinerlei Interesse, da dies wohl Sache der Kommune sei. Man betonte dabei aber gleichzeitig, dass man keine einzige Schule vernachlässigen dürfe.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.8 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses im Rahmen STARK III zur allgemeinen und energetischen Sanierung der Kita "Bremer Stadtmusikanten" sowie Maßnahmebeschluss über die Ergänzungsmaßnahme Außenanlagen und Ausstattung**
Vorlage: BV/091/2022/II-DKT

Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.9 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses STARK III ELER zur Teilsanierung und Zuschuss zur Ausstattung der Kita "Luisenkinder", Goltewitzer Str. 5**
Vorlage: BV/092/2022/II-DKT

Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

- 7.10 1. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses STARK III zur Allgemeinen und Energetischen Sanierung des Hortes Waldwichtel, Fliederweg 10 einschließlich der Außenanlagen und Ausstattung**
Vorlage: BV/093/2022/II-DKT

Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

7.11 Ausstattung des Hortes "Tempelhof" nach der Generalsanierung
Vorlage: BV/143/2022/II-DKT

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Hartmann** führt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** aus, dass die Ausstattung erst für 2023 geplant war. Aus Kostengründen (aktuelle Preisentwicklung) wird das Mobiliar schon beschafft und bis zur Verwendung eingelagert. Es handele sich hierbei nicht um eine neue Leistung.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7/0/0

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

9 Schließung der Sitzung

Die **stellv. Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung um 17:31 Uhr.

Dessau-Roßlau, 13.07.22

Heidemarie Ehlert
stellv. Vorsitzende Ausschuss für Finanzen

Düring
Schriftführer